Sonderausgabe 3
der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Bezirk Schles

DIE VOM HAKENKREUZ

Hitler und Konsorten

卐

Herausgegeben vom
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

X 4512

„Nieder mit den Novemberverbrechern! Nieder mit der Judenrepublik und ihren marxistischen Knechten! Deutschland marschiert! Es lebe Hitler! Hoch die völkische Erneuerung Deutschlands!"

Wer kennt nicht diese und ähnliche Bekundungen der Nationalsozialisen, die unter der Diktatur Adolf Hitlers im „Dritten Reich" das deutsche Volk nicht nur herrlichen, sondern sogar herrlichsten Tagen entgegenführen wollen. Mit allen Mitteln versuchen sie, das Vertrauen der Massen zur demokratischen Republik zu untergraben. Um unwissende Arbeiter einzufangen, haben diese Nachäffer Mussolinis das Wort Sozialismus als Aushängeschild gewählt, obwohl ihre Bewegung nur insofern mit dem Sozialismus etwas zu tun hat, als das Wort des ersten österreichischen Arbeiterführers Victor Adler von dem Antisemitismus als dem „Sozialismus der dummen Kerle" auch auf die nationalsozialistische Bewegung zutrifft.

Gerade jetzt machen Hitler und seine Leute sich auffallend bemerkbar. Deshalb sei ihre „Arbeiter"-Partei etwas näher unter die Lupe genommen und gezeigt, wer die Nationalsozialisten sind und was sie wollen.

Die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung.

Als Vorläufer der Nationalsozialisten sind die Antisemiten und Alldeutschen anzusehen. Die antisemitische Bewegung, die im Deutschland der Vorkriegszeit unter Ahlwardt und Pückler längere Zeit ihr Unwesen trieb, mußte vor der sozialdemokratischen Aufklärung immer mehr zurückweichen, so daß sie schließlich nur noch eine unbedeutende Rolle spielte. In Oesterreich hingegen, besonders in Mähren und Deutsch-Böhmen, war der Antisemitismus stärker verbreitet. Dort entstand 1903 die sogenannte Deutsche Arbeiter-Partei, die den Antisemitismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Diese Mährische Deutsche Arbeiter-Partei schwebte als nachzuahmendes Ideal für Deutschland dem Böhmen Adolf Hitler vor. Als er 1919 in München seine Organisation schuf, war sie kaum mehr als eine Filiale der Deutschen Arbeiter-Partei. 1920, als die Bewegung in Deutschland sich schon etwas ausgebreitet hatte, wurde in Salzburg eine enge Verbindung zwischen den tschechischen, österreichischen und bayerischen Faschisten hergestellt. Man nannte sich Nationalsozialistische Partei des Deutschen Volkes. Später wurde dieser Name in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei umgetauft.

Nationalsozialistisch? Man tat, als sei das etwas ganz Neues. Aber

in der gesamten Bewegung der Hitlerianer steckt nicht die Spur eines eigenen neuen Gedankens.

Alles ist anderen Bewegungen nachgeahmt. Unter anderem wurden auch die nationalsozialen Ideen Friedrich Naumanns nachgeäfft, aber ins Unkenntliche verzerrt. Friedrich Naumann, der 1919 starb, war weder vom Nationalismus noch vom Antisemitismus angekränkelt, er war ein echter Demokrat und stand in jeder Beziehung turmhoch über denen, die das Wort nationalsozial in nationalsozialistisch umgebogen haben, aber nationalistisch und antisozialistisch denken und handeln.

Hitler ist die Hoffnung der Sozialreaktionäre und der abgetakelten Potentaten!

In München, das nach der Niederschlagung der Rätediktatur völkischen

Abenteuerern und sozialpolitischen Quacksalbern der günstigste Boden für ihr Treiben schien, machte auch Hitler seinen Volksbeglückungsladen auf. Dort gab er zunächst mit einem gewissen Dietrich Eckart die Wochenschrift „Auf gut Deutsch" heraus. Gleichzeitig versuchte er sich in kleinen Versammlungen als Redner. Bald wurden die Feinde der staatlichen Neuordnung auf ihn aufmerksam. Ihnen war es aus dem Herzen gesprochen, wenn der „Sozialist" Hitler die Revolution von 1918 zynisch „eine Revolution von Zuhältern, Deserteuren und ähnlichem Gesindel" nannte, und wenn er von dem „Abschaum unseres Volkes" sprach, das die Revolution „gemacht" hat.

Hitler stellt die Tatsachen dreist auf den Kopf.

Das kann ihm an der Hand von Aeußerungen aus seinem eigenen Lager spielend nachgewiesen werden. Als beispielsweise der „Stahlhelm" sich am 26. Mai 1929 zeppelinbegeistert überschlug, höhnte der Nationalsozialist Gregor Strasser in der „Berliner Arbeiter-Zeitung" vom 2. Juni:

> „Fehlt nur noch Sr. Majestät hurra, hurra, hurra — dann haben wir den ganzen aus Instinktlosigkeit, Anmaßung und Kriegervereins-Phraseologie zusammengebrauten Patriotismuskitsch, durch den die Reaktion schon einmal in einen 9. November hineinrutschte und uns leider mitzog. . . ."

Das, Adolf Hitler, ist die Wahrheit. Instinktlosigkeit, Anmaßung und Kriegervereins-Phraseologie waren die „Tugenden" der Männer der Reaktion, die Deutschland in den 9. November führten. Genügt es Adolf Hitler nicht, daß nur einer seiner führenden Parteifreunde ihn so schlagend Lügen straft, dann schreibe er sich auch noch hinter die Ohren, was sein Berliner Gauführer Dr. Goebbels am 8. April 1927 an die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Potsdam II, schrieb:

> **„Es ist eine Irreführung, wenn dieselbe Partei (Deutschnationale Volkspartei) heute gegen das rote Berlin demonstrieren will, das nicht zuletzt als Folge ihrer eigenen verbrecherischen unsozialen Politik entstanden ist." —**

Das war die Wahrheit. Der 9. November, das „rote Berlin", die Revolution waren Folgen der verbrecherischen, unsozialen Politik der im alten Staate führend gewesenen Konservativen, die sich heute Deutschnationale nennen. Kein Hitler verdunkelt durch noch so gemeine Schimpfworte diesen historischen Tatbestand. Aber sein Ton behagte den Kreisen, die seit 1918 abgewirtschaftet haben. Deshalb unterstützten sie ideell und materiell Hitler und seine Organisation. Auf seine Seite schlug sich eine sonderbar gemischte Gesellschaft, darunter sogar ein wirklicher Deserteur, nämlich der kaiserliche General Ludendorff, der 1918 als simpler „Lindström" nach Schweden retirierte, sowie der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern und viele andere.

Heute erweisen auch die Hohenzollernsprößlinge dem „Retter" Hitler Reverenz.

Sie erblicken in ihm den Mann, der möglicherweise die in den Sand gerollten Kronen aufraffen und ihnen wieder auf den Kopf stülpen könnte. Zwar erklären die Nationalsozialisten in ihrem „Programm":

> „Wir wollen nicht das Rad der Geschichte rückwärts drehen und einer der lautlos versunkenen Dynastien wieder zum Leben verhelfen. Sie haben sich selbst gerichtet."

Aber was sind Worte im „Programm" der Hitlerianer: nur Schall und Rauch. Die Anwesenheit des Prinzen August Wilhelm von Hohenzollern auf dem vom 2. bis 4. August 1929 in Nürnberg abgehaltenen nationalsozialistischen Parteitag und die Unterstützung der Nazis gerade aus monarchistisch gesinnten Kreisen beweist, daß heute auch stellenlose Gottesgnadenmänner und deren Sprößlinge auf Hitler ihre Hoffnungen setzen. Als im Frühjahr 1929 die Hitlerianer bei den Stadtverordnetenwahlen in Koburg den Sieg davontrugen, wurde von ihnen der ehemalige Herzog von Koburg-Gotha zu einer Siegesfeier mit dem Bemerken eingeladen, diese Feier sei auch als ein Dankakt gegenüber der tatkräftigen Hilfe „Seiner Königlichen Hoheit" während der Koburger Wahl gedacht. „Königliche

X 4512

Hoheit" nahm die Einladung auch an. Er hatte dazu allen Grund, denn

die Nationalsozialisten haben 1926 gemeinsam mit den anderen Reaktionären die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten abgelehnt.

Von geldmächtigen Protektoren gefördert — auch die erwähnte Koburger „Königliche Hoheit" gehört zu den Geldgebern — breitete die nationalsozialistische Bewegung sich etwas aus. Am 20. Mai 1928 wurden aber nur 2,6 Proz. aller Reichstagsstimmen für Hitlers Partei abgegeben. Doch der Mut in der Brust schwoll den Nazis seit den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Schwerin im Jahre 1929. Waren doch in Sachsen 1928 nur 74 000, im Mai 1929 aber 133 000 und in Mecklenburg 1928 nur 7416, im Juni 1929 jedoch 12 721 nationalsozialistische Stimmen abgegeben worden.

Das „Programm" der Nazis.

Das Wahrzeichen der Nationalsozialisten ist das Hakenkreuz. Sie behaupten, es sei das Symbol des unverfälschten rassenreinen Germanentums. Aber jeder Wissenschaftler und Forscher weiß, daß das Hakenkreuz an den ältesten Kulturstätten der Heiden und sogar in vorchristlichen Synagogen Syriens zu finden ist. Das Hakenkreuz als Panier der „Rassereinen" ist bezeichnend für ihre Grundsatz- und Programmlosigkeit.

Der jetzige Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels, der in Berlin seinen Parteiführer Hitler in den Schatten zu stellen versucht, hat „Das kleine Abc des Nationalsozialisten" geschrieben. Darin heißt es: „Wie lautet

das erste Gebot eines jeden Nationalsozialisten:

Liebe Deutschland über alles und deine Volksgenossen als dich selbst."

Die Nationalsozialisten, die vorgeben, gute Christen zu sein, werfen also das christliche Gebot, „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", über den Haufen. Ihre Anhänger sollen Deutschland über alles und in Deutschland nur den „rassereinen" Zeitgenossen lieben. Juden werden als Volksgenossen nicht anerkannt. Aber auch um die Liebe der Nazis zu ihren nicht jüdischen Volksgenossen ist es sehr windig bestellt. Das zeigt

die Anwendung des nationalsozialistischen ersten Gebots in der Praxis:

8. Juni 1929. In Ziegelhausen bei Heidelberg überfallen die Nationalsozialisten Wetzel und Müller einige von der Versammlung heimkehrende Reichsbannerleute.

7. Juni 1929. Das Darmstädter Schwurgericht verurteilt den Nationalsozialisten Melk wegen Tötung eines Mannes.

5. Juni 1929. 8 Nationalsozialisten werden wegen Ueberfall auf eine Gruppe Reichsbannerleute zum Teil zu Gefängnis verurteilt.

5. Juni 1929. Die Nationalsozialisten Eberhardt und Brandt werden von der Bremer Strafkammer wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu Gefängnis verurteilt.

1. Juni 1929. In Lesse bei Braunschweig wurden bei Nationalsozialisten folgende Waffen: 3 Maschinengewehre, 36 Infanteriegewehre, dazu auch Munition beschlagnahmt.

23. Mai 1929. In Kaiserslautern kam es bei einer Friedenskundgebung zu Radauszenen und wüsten Beschimpfungen durch Nationalsozialisten.

23. Mai 1929. In Köthen stürzten Nationalsozialisten auf dem israelitischen Friedhof sämtliche Denkmäler um und zertrümmerten sie.

28. April 1929. In Frankfurt am Main töteten Nationalsozialisten zwei Reichsbannerleute und verletzten andere schwer.

30. April 1929. In Freiburg (Schlesien) verprügelten Nationalsozialisten oppositionelle Versammlungsteilnehmer. 20 Frauen und Männer wurden zum Teil durch Messerstiche, Schlagringe usw. schwer verletzt.

6. Mai 1929. Nationalsozialisten überfallen in Neunkirchen Arbeitersportler. Resultat: Mehrere Schwer- und viele Leichtverletzte.

3. Mai 1929. Im Braunschweiger „Hofjäger" veranstalteten die Nationalsozialisten eine wüste Schlägerei. 20 Reichsbannerleute wurden verletzt.

3. Mai 1929. In Köln überfielen Nationalsozialisten die Literaturstelle in der Venloer Straße. Es kam zu einer Schlägerei. Die Nationalsozialisten schossen. Ein Arbeiter wurde verletzt.

2. Mai 1929. In Ehrenbreitstein verprügelten Nationalsozialisten Andersdenkende. Mehrere Personen wurden verletzt.

17. Mai 1929. Zwei Nationalsozialisten wurden vom Amtsgericht Lichtenberg wegen Ueberfall auf Reichsbannerleute zu Gefängnis verurteilt.

25. April 1929. Die Nationalsozialisten Buck, Brosius, Sturm, Weber u. a. werden in Ludwigshafen wegen Ueberfall und gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnis verurteilt.

22. April 1929. Die Nationalsozialisten Hamann und Schulze werden wegen gefährlicher

Körperverletzung vom Schöffengericht zu Kottbus zu Gefängnis verurteilt.

9. April 1929. Nationalsozialisten überfallen Spandauer Reichsbannerversammlung. Ein Reichsbannermann wurde durch Messerstich verwundet.

Das ist eine Auslese aus nur zweimonatiger Betätigung des ersten Gebots der Nationalsozialisten. Die Auslese zeigt, daß die Nazis Goebbels erstes Gebot so auslegen:

Und willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag' ich dir den Schädel ein!

Besonders christlich und liebevoll benahmen die Nationalsozialisten sich gelegentlich ihres vom 2. bis 4. August 1929 in Nürnberg abgehaltenen Parteitags. Die „Fränkische Tagespost" veröffentlichte am 6. August folgende Zusammenstellung über

unerhörte Ausschreitungen der nationalsozialistischen Patentchristen.

Jagd auf Abzeichen.

Zwei junge Buchdrucker, die am Marientor eine Straßenbahn erwarteten, wurden von einer ganzen Horde Hitler-Leute umzingelt, weil sie ein rot-gold-blau-weiß-schwarzes Abzeichen trugen (Buchdruckerabzeichen). Sofort wurde den jungen Buchdruckern das Abzeichen mit Gewalt entrissen und die beiden mit Fußtritten und Faustschlägen schwer mißhandelt. Ein Landespolizist, der den jungen Menschen zu Hilfe eilte, wurde ebenfalls von den Braunhemden bedroht. Die beiden Buchdrucker erlitten derart schwere Verletzungen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

*

Harmlose Ausflügler überfallen.

Ein Ehepaar und deren Kind kehrten von einem Ausflug zurück und warteten am Königstor auf eine Straßenbahn. Plötzlich wurde die Familie von einem größeren Trupp Hakenkreuzler umringt. Der Mann, der ein Reichsbannerabzeichen trug, wurde gröblichst beschimpft und mit Faustschlägen traktiert. Auch die Frau und das Kind wurden von den Völkischen in gemeinster Weise belästigt.

*

Ein Radler mißhandelt.

Am Färbertor wurde ein junger Radler, der einen schwarz-rot-goldenen Wimpel an seinem Fahrzeug hatte, vom Rad heruntergeworfen. Die Braunhemden rissen den Wimpel herab, bespuckten ihn und warfen ihn schließlich in den Dreck. Der junge Radler wurde von mehreren Völkischen durch Faustschläge ins Gesicht schwer verletzt.

*

Mit brennenden Fackeln zugeschlagen.

Ein gutbürgerliches Ehepaar betrachtete sich am Samstag den Fackelzug der Hakenkreuzler im Celtistunnel. Plötzlich sahen sie, wie eine ganze Gruppe Braunhemden auf einen jungen, ungefähr 18 Jahre alten Burschen stürzten und wie wilde Bestien denselben überfielen. Etwa 120 Mann beteiligten sich an dieser „Heldentat". Die Völkischen schlugen dabei mit brennenden Fackeln auf den Jugendlichen ein. Das Ehepaar, das so etwas Rohes noch nicht gesehen hatte, stürzte davon. Aber auch dieses wurde von den Völkischen umzingelt, gröblichst beschimpft und mit den brennenden Fackeln mißhandelt.

*

Sturm auf Wohnhäuser.

Am Sonntag, nachts gegen 10 Uhr, zog eine ganze Abteilung Hakenkreuzler in geschlossener Formation durch die Straßen und gingen gegen alle diejenigen Straßenpassanten tätlich vor, die nicht rechtzeitig in ein Haus flüchten konnten. Der Führer dieser Abteilung schrie immer wieder: „Ihr Hunde, seid ihr noch nicht drinnen?" und seinen Leuten gab er den Befehl: „Schlagt nur hinein, ganz gleich, wer ist!"

*

Rache am Friedhof.

Am Montag früh wurde auf dem Westfriedhof ein Arbeitersportler eingeäschert. Die Mitglieder des Vereins versammelten sich vor der Leichenhalle und gaben ihrem Freunde das letzte Geleit. Zu gleicher Zeit wurde auch ein Völkischer beerdigt. Als die uniformierten Hakenkreuzler die Arbeitersportler bemerkten, schrien sie an der aufgebahrten Leiche der Trauerversammlung zu: „Wartet nur, Rache ist süß!" Rücksichtsloser, pietätloser und gemeiner können selbst die Wilden nicht sein.

*

Bereit zum Sturm gegen die Polizei.

Am Hallplatz hatten sich am Sonntag zahlreiche uniformierte Hakenkreuzler versammelt. Befehle wurden erteilt, die darauf hinausgingen, einen Sturm gegen die dort postierte Landespolizei zu unternehmen. Die Hakenkreuzler bildeten dichte Ketten und drangen in nicht mißzuverstehender Weise gegen die Polizeibeamten vor. Der Führer der Landespolizei ließ durch ein Trompetensignal bekanntgeben, daß die Polizei rücksichtslos einschreiten werde, wenn die Hakenkreuzler die Straße nicht freigeben. Aber erst, als einige Maschinengewehre in Stellung gebracht und schußbereit gemacht wurden, flüchteten die Braunhemden davon.

*

Ein Straßenbahnzug überfallen.

Am Samstag, nachts gegen 11.40 Uhr, wurde ein Straßenbahnzug am Aufseßplatz von einer dort marschierenden Hakenkreuztruppe mit den Worten empfangen: „Zieht sie doch herunter, die rote Bande!" In dem Augenblick, als der Schaffner aus dem Wagen sah, wurde ein Fenster eingeschlagen und eine brennende Fackel in den Wagen geworfen. Dabei zersprang noch ein zweites Fenster. Als der Wagen hielt, stürmten die Völkischen den Straßenbahnwagen. Vier Völkische packten den Schaffner und drosselten ihn am Halse.

*

Einer, der „hin" gemacht werden sollte.

Ein Genosse sah sich am Samstag nachmittag auf dem Wege zum Metallarbeiterhaus von fünf Hakenkreuzlern beobachtet. Es löste sich ein älterer davon ab, kam auf ihn zu und verlangte, das Reichsbannerabzeichen abzunehmen. Nach kurzer Gegenrede entsprach der Genosse diesem frechen Verlangen, weil er einen Zusammenstoß vermeiden wollte. Als derselbe am Sonntag durch die Grasersgasse ging, wurde er kurz vor dem Hallplatz plötzlich von hintengefaßt und sah sich dort wieder vier Hakenkreuzlern gegenüber. Sie suchten ihn ab nach Abzeichen, hoben sogar den Rockkragen in die Höhe, und als sie nichts fanden, riefen sie: „Das ist dein Glück, sonst würst du hin gewesen!"

*

Wie in Nürnberg, so anderwärts. Berichte über skandalöse Hakenkreuzlerroheiten bilden eine ständige Rubrik der Tagespresse. Als am 7. September 1929 bekannt wurde, daß es am Abend zuvor in Oranienburg und München zu schweren Ekzessen gekommen war, bei denen Hitlerianer mit Messern stachen und zahlreiche ihrer Gegner erheblich verletzten, schrieb die „Kölnische Volkszeitung", das große Organ der Zentrumspartei am Rhein:

> **„An sich ist die Roheit der Hitler-Garde nichts Neues, nur ist zu bemerken, daß dieses Volk von Prüglern in der letzten Zeit sich besonders übel gebärdet. Die „Erneuerer Deutschlands" sind dabei, mit ihrer Wintervorstellung zu beginnen. Man sorge dafür, daß sie unter sich bleiben und sich gegenseitig mit ihrer geistigen Waffe, dem Prügel, unterhalten."**

Diese Parole sei auch unseren Anhängern dringend empfohlen. Niemand besuche Versammlungen der Hitlerianer! Laßt sie unter sich, denn immer wieder zeigt sich, daß mit dieser Gesellschaft geistige Diskussionen nicht möglich sind.

Der Irrsinn der Judenfresserei.

Verfolgen wir das „Programm" der Nazis weiter. Als Volksgenosse erkennt es nur denjenigen an, der „Nichtjude oder nicht verjudet" ist. „Fremdlinge" sollen aus Deutschland ausgewiesen, jede Einwanderung „Nichtdeutscher" verhindert werden. Immer und immer wieder wird der Jude als der Schrecken aller Schrecken, als der Erzausbeuter der Deutschen hingestellt. Ja, es haben Nationalisten den verrückten Gedanken ausgesprochen, nach einem sieghaften Marsch auf Berlin, für den die Aufmarschpläne fix und fertig vorliegen,

alle Juden und Fremdstämmigen auf dem Tempelhofer Feld zusammenzutreiben und durch elektrische Ströme auszurotten.

Der Judenhetze liegt eine grobe Spekulation auf die volkswirtschaftliche Dummheit vieler Mitmenschen zugrunde. Angenommen, ein Blutbad der Nazis, zu dem die Kerle fähig wären, wenn sie sich stark genug fühlen, würde morgen sämtliche Juden ausrotten. Dann hätte übermorgen auch nicht ein Arbeiter einen einzigen Groschen Mehrverdienst, keine auch nur um eine Minute verkürzte Arbeitszeit, und nicht ein Pfund Fleisch mehr zu essen. Und es gäbe nicht einen Mittelständler, der freudestrahlend ausrufen könnte: „Jetzt ist es erreicht, konkurrenzlos kann ich meinem Lebensabend entgegensehen!"

Die Ausrottung der Juden hebt weder den Konkurrenzkampf noch die Lohnsklaverei auf.

An Stelle der ungetauften würden „weiße" Juden treten. Bestenfalls würde die Rassenzugehörigkeit eines Teils der Personen, die Träger des kapitalistischen Systems sind, wechseln. Aber die kapitalistische Ausbeutungs- und Konkurrenzwirtschaft selber bliebe völlig unangetastet.

Der Irrsinn der Judenfresserei erhielt jüngst durch einen volkswirtschaftlichen Vorgang von ungeheurer Bedeutung eine treffende Illustration. Am 26. September 1929 wurde die Welt von der Meldung überrascht, die beiden größten deutschen Bank-Konzerne, die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft, hätten sich fusioniert. Durch diesen Zusammenschluß wurden über 40 Proz. der gesamten Einlagen bei den Berliner Großbanken und rund 30 Proz. der Einlagen aller deutschen Aktienbanken unter einen Hut zusammengefaßt. Es war der größte Akt wirtschaftlicher Konzentration, den wir je erlebten. Und wer sind die

Geldmagnaten, die durch die Bankenfusion in noch viel stärkerem Maße als seither

die unumschränkten Herren eines ungeheuren Komplexes der Volkswirtschaft

werden? Sind es etwa lauter Juden? Kein Gedanke.

Hitlers „lieber Freund" Emil Kirdorf, der große Gelsenkirchener Montangewaltige, Fürst von Hatzfeld, der bekannte schlesische Magnat, und der deutschnationale Reichskanzler a. D. Wilhelm Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, sitzen neben den Juden Steinthal und Salomonsohn im Aufsichtsrat der Riesenbank.

Aber auch Männer wie Springorum, der Leiter des Stahlkonzerns Hoesch, Peter Klöckner, der Leiter des Klöckner-Konzerns, sowie Philipp Heinecken, Präsident des Norddeutschen Lloyd, Ernst von Borsig und andere bekannte Industriefürsten, die auf ihre Zugehörigkeit zur christlichen Kirche pochen, gehören zu den tonangebenden Leuten in der Leitung des Bankriesen.

Warum macht die Entrüstung der Nazis vor diesen Männern halt, die Kapitalisten von dem gleichen Schlage sind, wie ihre jüdischen Kollegen? Weil die Nationalsozialisten Demagogen sind, die mit ihrer Judenhetze Unwissenden Sand in die Augen streuen wollen und den Sozialismus nur im Munde tragen, aber tatsächlich treue Stützen des Privatkapitalistentums sind, sobald sich dieses nur einen christlichen Mantel umhängt.

Wären sie echte Sozialisten, dann würden die Nazis den Arbeitern sagen müssen, daß es ganz gleichgültig ist, ob sie von einem jüdischen oder einem christlich getauften Kapitalisten unchristlich ausgebeutet werden.

Dann würden sie den Kampf nicht gegen die Angehörigen einer bestimmten Rasse, sondern gegen die ganze Klasse der Kapitalisten, gegen das kapitalistische System führen.

Statt Beseitigung des kapitalistischen Systems fordern die Nazis nur die

„Brechung der Zinsknechtschaft".

Sie verstehen unter Zinsknechtschaft die angebliche Abhängigkeit ganzer Staaten von einigen hundert jüdischen Bankiers, denen die Völker tributpflichtig seien. Um ihre These theoretisch zu stützen, nennen sie das in Industrie und Landwirtschaft investierte Kapital das schaffende und das an keinen Boden gefesselte Leihkapital das raffende Kapital. Jeder ökonomische ABC-Schütze weiß indessen, daß eine ständige Wechselwirkung zwischen Industrie- und Leihkapital besteht. Wieder ist die Fusion der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft dafür bester Beweis. **Hitlers Freund Kirdorf und die anderen Herren der Industrie sind zugleich die Mächtigen der Banken und bringen damit zum Ausdruck, daß bei der heutigen kapitalistischen Entwicklung die engste Verflechtung zwischen dem Gesamtkapital besteht.** Gerade in den letzten Jahren ist die Verschmelzung des Industrie-, Handels- und Bankkapitals immer schneller vor sich gegangen, und dieser Prozeß wird sich nach der Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft in noch rascherem Tempo vollziehen.

Im Zeitalter des monopolisierten Kapitalismus gibt es keine Vorherrschaft des Bank- oder Leihkapitals.

Nur wer die gesamte Profitwirtschaft bekämpft, um sie durch die profitlose sozialistische Bedarfswirtschaft zu ersetzen, kann auch das niederbrechen, was die Nazis die Zinsknechtschaft nennen.

Außen„politisches" Schwertgeschwätz.

Die „deutsche Freiheit" ist angeblich das letzte Ziel der Hitlerianer. Deshalb haben sie den Kampf gegen die Reparationsleistungen auf ihr Panier geschrieben. Jeder Politiker, der für eine Verständigung der Völker und den Versuch der Erfüllung der Deutschland auferlegten Pflicht zur Kriegslastenzahlung eintritt, wird als „bestochener Agent des Feindes" beschimpft, obwohl die Verständigungs- und Erfüllungspolitik die einzig mögliche reale Befreiungspolitik ist. Die

Nazis haben ein sehr einfaches Rezept, Deutschlands Kriegsschulden auszulöschen und Deutschland von der Verpflichtung, für die Sünden des alten Regimes zu büßen, zu befreien. Sie erklären in ihrem Wehrprogramm:

„Deutschlands Lage erfordert die Waffenentscheidung. Die Freiheit des deutschen Volkes ist abhängig von seiner Vorherrschaft in Europa."

Wir kennen diese tönenden Redensarten. Im alten Deutschland wurden sie jahrzehntelang von den Alldeutschen und den anderen Säbelrasslern gedroschen. Immer wieder schrien die Schwärmer für ein „größeres" Deutschland: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen." Sie schrien, bis schließlich der Weltkrieg, dieser furchtbarste Rückfall in die Barbarei, den wir seit dem Dreißigjährigen Kriege erlebten, da war. Zwei Millionen Tote hat er Deutschland gekostet, 320 000 Witwen, 800 000 Waisen und 300 000 hilfsbedürftige Eltern, denen der Krieg die Ernährer raubte, sowie 760 000 Kriegsbeschädigte (Blinde, Irre, Lahme, Tuberkulöse oder sonstwie Erkrankte) müssen noch heute von der Allgemeinheit unterhalten werden, so daß das Reich 1929 nicht weniger als 1300 Millionen Mark zur Versorgung der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten in seinen Etat einstellen mußte. Dazu 2000 Millionen Mark auf Reparationskonto, die ebenfalls ausschließlich zu Lasten des verlorenen Krieges und damit auf das Schuldkonto des alten Deutschlands fallen! Und doch führen die nationalsozialistischen Schwätzer schon wieder das Schwert im Munde. Sie sind gewissenlos genug, von einer neuen Waffenentscheidung zu faseln, die zur „Freiheit" des deutschen Volkes führen soll. „Das Schwert ist unser Gewicht!" bramarbasierte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag der Nazis.

Als ob das Schwert des Ludendorff-Deutschlands nicht bereits soviel Unheil über uns gebracht hätte, daß es einem denkenden Menschen unmöglich nach einer Neuauflage gelüsten kann.

Die nationalsozialistische Schwertpolitik ist durch die Tendenz gekennzeichnet, für den gewollten Revanchekrieg Bundesgenossen zu erhalten. Hitler rechnet besonders auf die italienischen Faschisten, denen eingeredet wird, auch sie hätten einen Erbfeind, der Frankreich heißt. Aber

Hitlers Rechnung ist falsch. Die Italiener zeigen dem Schwadroneur die kalte Schulter.

Am 9. Mai 1929 schrieb der „Corriere della Sera":

„Von den guten Absichten und den zuweilen sogar schmeichelhaften Worten, die Herr Hitler für Italien und den Faschismus hat, nehmen wir mit Wohlgefallen Kenntnis, ohne aber darüber in übertriebene Begeisterung zu fallen... Auch der Führer der Nationalsozialisten stellt sich ein Bündnis mit Italien als nur gegen den deutschen Erbfeind gerichtet vor. Wir können aber nie zulassen, daß Italien für deutsche Revanche-Pläne dienen soll. ..."

Nicht die Knochen eines einzigen Mannes wollen die Italiener vernünftigerweise der Hitlerschen Wahnidee des Revanchekrieges gegen Frankreich opfern. Dagegen ist Hitler bereit,

ein deutsch-italienisches Bündnis auf Kosten der Deutschen in Südtirol

zu schließen. Er hat in einer Rede am 30. März 1927 in Innsbruck ausgeführt:

„Was hat man gegen Italien? Südtirol! Damit beginnen sofort alle Spießer lebendig zu werden. Wer hat die Stirn, für 170 000 Deutsche in Südtirol vielleicht 300 000 Deutsche auf dem Schlachtfelde zu opfern?"

Etwas später, im Juni 1927, erklärte Hitler in München für sich und seine Freunde ausdrücklich den Verzicht auf Südtirol. Als diese Anbiederung Hitlers an Mussolini bekannt wurde, löste sie einen Entrüstungssturm aus. Die deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft für Tirol sandte Hitler einen offenen Brief, worin es unter anderem hieß:

„Die zynisch-freche Art, mit der Sie über das Leid der Südtiroler Deutschen hinweggehen, hat in allen wirklich völkisch gesinnten Kreisen bitteren Schmerz und hellste Empörung hervorgerufen. Vor allem mangelt Ihnen die allerbescheidenste Sachkenntnis, um über derartige politische Fragen

sprechen zu können. Es sind nicht 170 000, sondern 230 000 Südtiroler, denen Sie mit ihren rohen Worten einen Schlag versetzt haben."

Weder diese Abfuhr aus Südtirol noch die Ablehnung seiner Anbiederungen in Rom halten Hitler ab, auch weiterhin seinen Kotau vor Mussolini zu machen.

Die deutsche Republik soll „verrecken".

Der Außenpolitik der Nazis, die reine Katastrophenpolitik ist, entspricht ihre Haltung zu den innerpolitischen Fragen. Auch hier arbeiten sie bewußt auf die Katastrophe hin. Sie lehnen die demokratische Republik ab; — ihre Schimpfereien auf die Republik und deren führende Männer sind geradezu pervers — und sie erfüllen die Hitlerjugend mit dem Gedanken, daß es für das heutige Deutschland am besten wäre, wenn es „verrecke". Der „Unstaat von Weimar" und seine „verjudete Verfassung" müßten vom Erdboden verschwinden, um dem nationalsozialistischen „Dritten Reich" Platz zu machen. „Jeden Weg werden wir gehen!" hat Hitler gedroht und erklärt, daß er und die Seinen „jeden zermalmen" würden, der es wage, sie daran zu hindern. Hitlers Berliner Gauführer Dr. Goebbels hat in seinem Organ „Der Angriff" offen die Organisation des aktiven Widerstandes gegen das herrschende „verbrecherische System", die Aufpflanzung der „Fahne des Widerstandes und des Aufruhrs" gepredigt. Bewußt arbeiten die Nazis auf

ein zweites Jahr 1923

hin. Der „Bayerische Kurier", das führende Organ der Bayerischen Volkspartei: schrieb am 10. September 1929:

„Gedeckt von der wohlwollenden Freundschaft der großen Nachbargruppe (der Deutschnationalen Volkspartei) erachten die Führer des Nationalsozialismus heute die Stunde als reif, um das Schauspiel von 1923 zu wiederholen. Wieder versucht man unter dem Schutz der großen Rechtspartei, dem innerpolitischen Machtkampf den trügerischen Mantel des außenpolitischen „Freiheitskampfes" umzuhängen. Und alle die Methoden und „taktischen" Mittel, die Mätzchen und Kniffe, mit denen der Rechtsradikalismus im Jahre 1923 — gestützt auf die agitatorische Gemeinsamkeit mit der Rechten und unter Ausnützung gemeinschaftlicher Schlagworte — zuerst tastend und suchend, dann aber immer kühner und zuversichtlicher versucht hatte, den heißersehnten Besitz der politischen Macht zu erringen, feiern heute ihre Wiederauferstehung.

Da das alles ohne Frage zutreffend ist, muß der deutsche Arbeiter, dem zugemutet wird, für ein faschistisches „Drittes Reich" seinen Kopf zu riskieren, sich vor Augen halten, daß dem Zukunftsstaat der Nazis

das faschistische Italien als Vorbild

dient. Neid erfüllt Hitler, den deutschen Mussolini in der Westentasche, wenn er an das Italien Mussolinis denkt. Gelegentlich seines Münchener Mai-Prozesses gegen den völkischen Herrn von Gräfe hat Hitler mit sich überschlagender Stimme in bezug auf Mussolini ausgerufen: „Ich empfinde Neid — Neid — Neid." Mussolini ist für ihn der Abgott. Wie der sich räuspert und wie der spuckt, das hat Held Hitler ihm abgeguckt, und sein „Drittes Reich" würde, wenn es einmal blutig erstehen sollte, — es kann nur in einem Blutbad geboren werden — die ziemlich getreue Nachbildung des Diktaturstaates Italien sein. Deshalb hat der deutsche Arbeiter sich zu fragen, ob auch er Neid zu empfinden hat beim Anblick der

Zustände im Italien von heute.

Kurz zusammengefaßt, sieht es in Mussolinien folgendermaßen aus:

Das faschistische Regime ist brutalste Diktatur einer Minderheit mit *Mussolini an der Spitze.* Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist annulliert, der Staatsapparat von allen Elementen, die liberaler, demokratischer und sozialer Gesinnung verdächtig waren, gereinigt worden.

In Rom herrscht Mussolini unumschränkt. Eine Volksvertretung und ein Wahlrecht gibt es nur dem Namen nach. Das Wählen ist eine lächerliche Farce. Wählen dürfen nur die „nützlichen Glieder" der Gesellschaft, das heißt

die faschistischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-„Gewerkschaften", die Lohn-, Gehalts- und Pensionsempfänger des Staates, der Provinzen und der Gemeinden, sowie die Mitglieder des katholischen Klerus oder einer anderen staatlich zugelassenen Religion. Das ganze Land bildet nur einen Wahlkreis, für welchen eine einzige Liste mit 400 Kandidaten nominiert wird, die vom faschistischen Großrat ausgesucht wird. Den Großrat bilden Mussolini und seine Minister sowie Mitglieder der Spitzenorgane der Faschisten-Partei und der faschistischen Gewerkschaften, eine Anzahl hoher Staatsfunktionäre und einige Würdenträger. Dieser Rat setzt nur ganz sichere Faschisten auf die Kandidatenliste, so daß das so „gewählte" Parlament nichts weiter als eine Mussolini allzeit gefügige Jasagemaschine ist.

In den Provinzen sind die von Mussolini bestellten Präfekten (Oberpräsidenten) die absoluten Herren. Die Gemeinden haben keine frei gewählten Gemeindevertretungen, sondern werden von faschistischen Amtsbürgermeistern verwaltet.

Es gibt nur eine Partei: die faschistische, und keine anderen als faschistische Zeitungen. Opposition wird nicht geduldet, weder im „Parlament", noch in Gestalt von gegnerischen Vereinigungen oder Zeitungen. Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit existieren nicht.

In der faschistischen Partei herrscht blinder Kadavergehorsam. Mussolini selbst hat erklärt, die Mitglieder der Faschistenpartei seien nur „Soldaten, die dem Befehl blindlings gehorchen müssen".

In den faschistischen Gewerkschaften haben die Mitglieder keinerlei Mitbestimmungsrecht. Die Regierung ernennt die Spitzenkörperschaften der Gewerkschaften und diese bestimmen die Funktionäre. Alles über die Köpfe der Gewerkschaftsmitglieder hinweg, die nur zu zahlen, aber nichts zu sagen und auch kein Streikrecht haben.

Das ist, in kurzen Zügen geschildert, das heutige Italien, das leuchtende „Ideal" der Hitlerianer. Mussolini und seine Handlanger beherrschen den Staat, der so einseitig dem Interesse des Großkapitals dient, daß

in den letzten Jahren der Reallohn der italienischen Arbeiter um 25 Proz. gefallen

ist, während er in Deutschland selbst in dem wirtschaftlich recht ungünstigen Jahre 1928 noch um 6,9 Proz. erhöht werden konnte.

Der italienische Arbeiter fristet kümmerlich sein Dasein, er hat zu arbeiten, Steuern zu zahlen und im übrigen das Maul zu halten. In der Gemeinde, in der Provinz, im Staat und in der Wirtschaft hat er nicht mitzureden. Er ist Paria im übelsten Wortsinne.

Wo ist der deutsche Arbeiter, der sich nach der unglücklichen Lage und Rolle des italienischen Proletariats sehnt? Nur wer ein höheres Verlangen nicht hat, kann den Hitlerianern folgen.

Die Nationalsozialisten und die Arbeiterschaft.

Eine „Arbeiter"-Partei nennen sich die Nazis, die dem deutschen Proletarier die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Judentum und gegen die angeblich mit dem Judentum unter einer Decke steckenden „Marxisten" predigen. Aber umsonst, vergeblich ihr Schimpfen gegen die deutsche Sozialdemokratie. Sie sind erkannt.

Das Programm und die praktische Politik der Nationalsozialisten schonen und begünstigen das Kapital, fördern dessen Pläne auf Spaltung der Arbeiterschaft und Schwächung ihrer in langjährigen Kämpfen gefestigten Organisationen.

Wo in Großbetrieben noch keine nationalsozialistischen Zellen bestehen, werden sie von gewissen Direktoren und Unternehmern direkt ins Leben gerufen. Wie die Stahlhelmer, so sind auch die Nazis die Lieblinge der Kapitalisten, die sie als Leibgarde für den Profit betrachten. Sprichwörtlich ist der Satz geworden:

„Hast du Hakenkreuz im Haus,
Bricht ein Streik gewiß nicht aus."

Welches Schindluder die Nazis mit den Arbeitern treiben, enthüllte vor einiger Zeit

die Zuschrift eines Bekehrten

an die „Leipziger Volkszeitung". Der Briefschreiber, ein jahrelang Erwerbsloser, erhielt von einem Werber der Nationalsozialisten Arbeit versprochen. In der Geschäftsstelle der NSDAP. mußte er sich verpflichten, keiner Gewerkschaft und keinem Arbeitersportverbande anzugehören. Arbeit gibt es bei der Einstellung in die Sturmkolonne. Es muß ein Verpflichtungsschein unterschrieben werden, worin man gelobt, die Führer der Partei als Vorgesetzte anzuerkennen,

jeden ihrer Befehle auszuführen und den Dienern des heutigen Staates jede Auskunft über die Bewegung zu verweigern. Daraufhin gibt es Empfehlungsschreiben zu Unternehmern, die in ihren Betrieben gern Hakenkreuzler sehen. Tariflohn gibt es in solchen Betrieben nicht, dafür zehnstündige Arbeitszeit. Vom Wochenlohn werden bis zu 3 Mk. für die Uniform der Partei abgehalten.

Nicht Arbeiter-Partei, sondern rein militärisch organisierte Schutztruppe des Kapitals!

Nach einigen Wochen werden die Neueingereihten durch den Staffelführer vereidigt. Es muß unbedingter Gehorsam versprochen werden, für die Ziele der Partei selbst unter Einsetzung des Lebens zu kämpfen. Aehnlich wie beim Militär muß die Fahne angefaßt und die rechte Hand dem Führer gereicht werden. Jeder Vereidigte erhält die Kragenspiegel mit der Nummer des Sturms. Ist die nationalsozialistische Parteileitung des neugewonnenen Mitgliedes sicher, so wird es aufgefordert, die Arbeitsstätte zu verlassen und wieder stempeln zu gehen, um neugeworbenen Parteimitgliedern aus dem Heer der Erwerbslosen Platz zu machen.

Die erwerbslosen Mitglieder der Hitler-Partei werden dauernd in Bewegung erhalten, von Ort zu Ort gejagt, wobei sie meistenteils tagelange, ja wochenlange Fußmärsche machen müssen, um an den Orten zu sein, wo irgendeine nationalsozialistische Parade stattfindet. Unterwegs sind sie auf die Mildtätigkeit ihrer örtlichen Parteiführer angewiesen.

Die Zuschrift des bekehrten Nationalsozialisten verrät auch, welchen Ständen die angeblichen Arbeiterführer in der NSDAP. angehören. In den einzelnen Orten stehen

an der Spitze der nationalsozialistischen Bewegung höhere Beamte, Fabrikanten, Handwerksmeister usw.

Den Interessen dieser Führer, nicht aber denen der Arbeiter entsprechen die „sozialpolitischen" Forderungen der Nazis, die

das Interesse der Kapitalisten am Bestand der Hitlerpartei

verständlich machen. Es liegen dokumentarische Beweise von ehemaligen Nationalsozialisten für die direkte Geldunterstützung der Hakenkreuzler durch Großindustrielle vor. Unwidersprochen blieb die im August 1929 erfolgte Feststellung, daß der Plauener Spitzenfabrikant Mutschmann, der auf der Nürnberger Nazi-Tagung als zweiter Präsident fungierte, der Hitler-Partei bisher 70 000 Mk. geopfert hat. Da nicht nur Mutschmann, sondern noch viel größere Industrielle ihr Geld für die Nationalsozialisten reichlich fließen lassen, geht es der Partei finanziell außerordentlich gut. Die „Weltbühne" konnte auf Grund genauer Informationen am 16. Juni 1929 mitteilen:

„Die Sturmtrupps sind vorzüglich ausgerüstet, ihre Braunhemden sind aus bestem Material. Während der Wahlen im vorigen Jahr wurde wiederholt öffentlich und ohne späteres Dementi behauptet, daß diese Braunhemden zu einem großen Teil gratis von einer großen Berliner Konfektionsfirma geliefert worden seien. Fast alle Führer besitzen Privatwagen, mit denen sie im Lande herumsausen. Die Wagen Hitlers sind sicherlich auch heute noch Geschenke des Flügelfabrikanten Bechstein. Hitler, der sich in den Salons der großen Gesellschaft als Weltmann aufführt, hat unter seinen persönlichen Bewunderern und Geldgebern eine ganze Reihe teils feudaler, teils wohlhabender Damen."

Natürlich verlangen die Kapitalisten für das von ihnen hergegebene Geld so viel Entgegenkommen, daß

die Industriellen die eigentlichen Herren in der „Arbeiter"partei der Hitler und Genossen

sind. Das hat einer der bisherigen Führer der Hakenkreuzler in Sachsen, der frühere

Kapitänleutnant von Mücke,

der von den Nationalsozialisten so gefeierte Kommandant der „Emden", unwiderlegt dargestellt. In einem

Brief an die „Fränkische Tagespost"

vom 1. August 1929 erzählt von Mücke, daß der Fabrikant Mutschmann die Kandidatur des berüchtigten Kapitänleutnants a. D. Manfred von Killinger zum Sächsischen Landtag durchsetzte. Killinger ist einer der Führer der Brigade Ehrhardt. Weil Killinger nach Bekundungen Mückes in der nationalsozialistischen Bewegung keine sauberen Finger hatte, wandte sich Mücke gegen seine Aufnahme. Auf Verlangen des Fabrikanten Mutschmann machte Hitler diesen Killinger aber zum nationalsozialistischen Abgeordneten, obwohl Hitler selbst sich kurz vorher über seinen nunmehrigen sächsischen Parlamentsvertreter hinsichtlich dessen Charakter abfällig ausgesprochen hatte.

Kapitänleutnant von Mücke schreibt weiter:

Hitler beugte sich dem Geldgeber!

„Herr Hitler ist im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen, mir gegebene bindende Versprechen gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn Mutschmann in Plauen, durchzudrücken. Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es

ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat.

Mein persönliches Reinlichkeitsgefühl verbietet es mir, in einer Partei zu bleiben, welche Menschen aufnimmt, die solche Handlungsweisen begangen haben, wie der jetzige Vorsitzende der sächsischen Landtagsfraktion der NSDAP., Herr von Killinger. Danach ergab sich für mich

das Bild einer vollkommenen inneren Führerlosigkeit und Zersetzung der NSDAP.,

die sich durch ihr Verhalten zu einem willenlosen Anhängsel der bürgerlich-kapitalistischen Richtung gemacht hat.

Das Gesamtbild veranlaßte mich, meinen Austritt zu erklären, mit einem Schreiben des Inhalts, daß ich mir für die Partei zu gut vorkäme."

Die Hitler-Partei nur ein „willenloses Anhängsel der bürgerlich-kapitalistischen Richtung!" Dies Urteil von Mückes merke man sich. Daß es nicht etwa als Verdächtigung seitens eines Abtrünnigen zu werten ist, sondern der Wahrheit absolut entspricht, dafür ist der in Mückes Brief erwähnte Fabrikant Mutschmann selber Kronzeuge. Der Fabrikant Mutschmann, Gauführer der nationalsozialistischen „Arbeiter"-Partei, richtete am 19. April 1929 einen Bettelbrief an den Bergwerksdirektor P., einen der reichsten Kapitalisten in Reinsdorf in Sachsen. Die finanzielle Unterstützung, die der Kapitalist Mutschmann anläßlich der sächsischen Landtagswahlen von dem Kapitalisten P. für Hitlers „Arbeiter"-Partei erbat, begründete er mit der Versicherung, die Nationalsozialisten hätten bereits „viele deutsche Arbeiter aus dem marxistischen Lager zum Bekenntnis zu Volk und Nation zurückgeführt". Die Nazis würden auch weiter „den wahren Feind" (d. h. den Feind des um Geldunterstützung gebetenen Kapitalisten), nämlich „das marxistische Lager", mit den allerschärfsten Mitteln bekämpfen.

Noch eindeutiger konnte der Vertrauensmann der „Arbeiter"-Partei wirklich kaum ausdrücken, daß diese Partei

nichts weiter ist als „ein Anhängsel der bürgerlich-kapitalistischen Richtung".

Es ist wirklich kein Zufall, daß einer der größten und bekanntesten deutschen Kapitalisten,

der niederrheinische Schwerindustrielle Emil Kirdorf der Parade der Braunhemden in Nürnberg beigewohnt

hat. Nach dem Nürnberger Nazi-Tag hat Kirdorf einen Brief an seinen „lieben Herrn Hitler" geschrieben, veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" vom

27. August, in welchem er die „erhebenden Eindrücke" schildert, die ihn in Nürnberg „überwältigt" haben. Aus „vollem Herzen" wünscht der Kapitalist Kirdorf seinem lieben Herrn Hitler Erfolg und unterzeichnet „mit treudeutschem Gruß von meiner Frau und mir in Freundschaft Ihr Kirdorf".

Kommentar überflüssig. Der liebe Herr Hitler und der treudeutsche Herr Kirdorf — sie gehören in die gleiche Front!

Die Nationalsozialisten in den Parlamenten.

Als im Mai 1924 die vereinigten deutschen Nationalfaschisten mit 32 Mitgliedern in den Reichstag einzogen, da taten sie, als wenn sie den ganzen Parlamentarismus und die Demokratie aus den Angeln heben könnten. Damals waren die völkischen Brüder noch einig. Die Rivalität zwischen den Wulle, Gräfe, Reventlow, Ludendorff und Hitler war noch nicht offen zum Ausbruch gekommen. Heute aber ist es keinem Sehenden mehr verborgen, daß die parlamentarische Tätigkeit der Nazis sich in hyperradikalem Getue und in einem Sauherdenton erschöpft, der den Neid der Thälmänner eregt. Im Wortradikalismus, im ruppigen Ton und im Einbringen von unsinnigen Agitationsanträgen von keiner anderen Parlamentsgruppe sich überbieten zu lassen, das nennen die Hitlerianer parlamentarische Arbeit. Spotten ihrer selbst!

Kapitänleutnant von Mücke, der mit Einverständnis der nationalsozialistischen Reichsleitung der sächsischen Sozialdemokratie und den Kommunisten ein Bündnisangebot machte, das selbstverständlich abgelehnt wurde, so daß die Nazis ihren Geldgebern auf der Rechten nicht untreu zu werden brauchten, fällte in einem

Brief an Adolf Hitler

über die nationalsozialistische Fraktion im Sächsichen Landtag folgendes Urteil:

„Etwas derartig Blödes, wie das Verhalten der Fraktion im Landtage bei der Regierungsbildung kann ich mir eigentlich nicht vorstellen . . . so weiter gearbeitet, würde der Nationalsozialismus zum Gespött . . . hat zur Vorbedingung Säuglingseinstellung als Politiker und als Folge moralischen Tod. Ich glaube es aussprechen zu müssen, daß je weniger die Landtagsabgeordneten in der Lage sind, selbständig zu handeln, um so mehr klare und scharfe Befehle sie von oben erhalten müssen . . . . ich kann daher nur meinen dringenden Rat wiederholen: Geben Sie in den schärfsten Formen bedingungsloseste Befehle . . ."

Welch armselige „Partei", deren Parlamentarier von dem Führer der Partei mit bedingungslosen Befehlen ausgerüstet werden müssen, weil sie sonst, da es ihnen an dem erforderlichen geistigen Rüstzeug zum selbständigen Handeln fehlt, nur Dummheiten begehen würden. Daß die großmäuligen Nazis total versagen, wenn sie vor ernste Aufgaben gestellt werden, hat

der Bankrott der Nationalsozialisten in Koburg

gelehrt. Bei den im April 1929 erfolgten Koburger Stadtverordnetenwahlen eroberten die Nazis 13 von 25 Sitzen gegenüber nur vier Mandaten im alten Stadtparlament. Ihr Erfolg war eine Niederlage der bürgerlichen Parteien, denen die Hitlerianer die Mandate und Wähler abjagten. Die Sozialdemokratie konnte sich nach schwerstem terroristischen Wahlkampf mit sieben Sitzen gegenüber vorher acht behaupten. Mehrheitspartei geworden, sollten die Hakenkreuzler den ihrer Demagogie zum Opfer gefallenen Kleinbürgern, Handwerkern und Gewerbetreibenden usw. zeigen, was sie konnten. Aber, o weh! Am 24. September 1929 wurde aus Koburg gemeldet:

Der Stadtrat hat in vier debattenreich Sitzungen den Etat für den Stadthaushalt mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Bürgermeister, letztere unter Protest, verabschiedet, ohne das Defizit von zirka 960 000 Mk. zu decken. Die Kreisregierung wird nunmehr ihr staatsaufsichtliches Recht geltend machen und die Zwangsetatisierung vornehmen, was auch der Erste Bürgermeister in Aussicht stellte. Die Einnahmen betragen 2 958 340 Mark, die Ausgaben 3 431 660 Mk., dazu

kommt noch ein Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 228 000 Mk. Der Theateretat, der 256 000 Mk. vorsieht, wurde gestrichen und eine Entschließung gefaßt, in der von der Staatsregierung die Uebernahme der ganzen Theaterlast auf Grund des Staatsvertrages bzw. des interfraktionellen Beschlusses des Landtags vom 11. März 1920 verlangt wird. Die Feuerschutz- und die Straßenreinigungsabgaben wurden gestrichen, die Umlage von 400 auf 300 Proz. ermäßigt, dafür die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer beschlossen.

Schöne „Aufbau"wirtschaft: In einer Stadt mit 25 000 Einwohnern fast eine Million Defizit! 40 Mk. pro Einwohner, 160 bis 120 Mk. pro Familie nach nur halbjähriger „Rettungs"-Aktion! Dabei sind die sonst von der Stadt getragenen Theateraufwendungen gar nicht im Haushalt belassen, sondern einfach gestrichen worden. Im anderen Falle würde das Defizit auf fast ein und eine Viertel Million steigen. Die Besitzsteuern für Feuerschutz und Straßenreinigung wurden gestrichen und dafür eine „Judensteuer" gegen die Warenhäuser, außerdem eine „Filialsteuer" gegen den Konsumverein beschlossen. Diese Koburger „Reinigungs"-Wirtschaft veranlaßte sogar die Deutschnationalen, von den nationalsozialistischen „Reichserneuerern" abzurücken. Ihre „Koburgische Landeszeitung" zog folgendes Fazit:

> „Alles in allem, wir bekommen in Koburg einen schönen Vorgeschmack davon, wie es werden würde, wenn diese Partei auf Jahre die Herrschaft in die Hand bekäme."

Uns wundert der Koburger Stall nicht. Nur zum Maulaufreißen und zum Zerstören erzogen, muß das Hitlersche „Volk der Prügler" totale Unfähigkeit zeigen, wo mit Verstand zu Werke gegangen und Weitblick offenbart werden muß.

Die Nazis sind unfähig, das deutsche Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Koburg beweist es!

Heilloses Durcheinander in der Hitler-Partei.

Mit der in Koburg kundgewordenen nationalsozialistischen Unfähigkeit kann bestenfalls das heillose Durcheinander in der Partei Hitlers konkurrieren. Der „Jungdeutsche", das Organ des Jungdeutschen Ordens, hat mehrfach darauf hingewiesen, daß

Hitler selbst seine „gereinigte" Bewegung nicht mehr in Händen

hat. Zuerst schieden die Deutschvölkischen unter von Gräfe und Wulle von Hitler, weil sie dessen Nachäffung Mussolinis nicht mitmachen wollten. Da Hitler keine Kritik und keinen Widerspruch duldete, trennten sich die norddeutschen Völkischen, die heute neben der nationalsozialistischen Bewegung nur ein Schattendasein führen. Ebenfalls trennte sich Ludendorff von Hitler. Ludendorffs erste Frau schilderte das Milieu im Lager der damals noch vereinigten Retter und Reiniger folgendermaßen:

> **„Einer beargwöhnte den andern, einer intrigierte gegen den andern."**

In diesem Milieu wuchsen Deutschlands „Erneuerer" heran. Von Hitler schied ferner Dr. Dinter, der heute Propaganda für das „Geistchristentum" macht. Nach ihm sind die intimsten Mitarbeiter Hitlers „ausgekochte Juden und Jesuiten". Um die Führung der nationalsozialistischen Bewegung ringen

drei Führercliquen.

Einmal sind es die ausgesprochenen Faschisten um Goebbels und Ley, mit denen Hitler als Nebenbuhler zu rechnen hat. Goebbels unterhält enge Verbindungen zum Alldeutschen Verband und zur Düsterberg-Richtung Stahlhelm. Düsterberg vermittelte au die Verbindung mit dem Hugenberg Kreis. Goebbels gilt als der gefährlichst Nebenbuhler Hitlers. Neben der Goebbels-Gruppe gibt es die bayerischen Föderalisten um Feder, Streicher usw. Sie werden als die zentristische Gruppe oder als die Gruppe der wildgewordenen Kleinbürger von der dritten Richtung der Nationalsozialisten genannt, die von Dr. Otto Strasser, dem Bruder des Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser,

geführt wird. Sie gibt den „Reichswart" heraus und steht in schärfster Gegnerschaft zu den beiden anderen Gruppen um Hitler.

Keiner traut dem anderen!

Kürzlich hat der Nationalsozialist H. Friedrich aus Karlsruhe, der in 180 Versammlungen für die Nazis sprach, im Selbstverlag eine Broschüre mit dem Titel „Unter dem Hakenkreuz" erscheinen lassen. Die Schrift wendet sich in erster Linie an die Arbeiter im nationalsozialistischen Lager, die vielfach aus falschem Schamgefühl nicht mehr den Mut zur Umkehr in die Reihen ihrer bekämpften Klassenkameraden finden. In dieser Anklageschrift wird tief hineingeleuchtet in die

tolle Interessen- und Cliquen-Wirtschaft der Hitlerianer.

Friedrich schreibt u. a.:

„Fast überall traf ich in der Leitung nur ganz junge Leute an. Wo ich hinkam, wurde ich von Arbeitern im Braunhemd gefragt: „Hoffentlich sind die Zustände bei euch besser als hier" usw. Je weiter ich herumkam, desto mehr sah ich, daß die ganze Partei nicht ernst zunehmen ist, und daß die Arbeiter im Braunhemd nur als Mittel zum Zweck benutzt werden. Eine Meinung darf keiner haben. In den Leitungen sind die Zustände überall so ziemlich gleich. Keiner mag den anderen. Eifersucht, Ehrgeiz, erbärmlichster Konkurrenzneid, persönliches Sonderinteresse sind vorherrschend. . . . Wo ich hinkam, nach Süden oder Norden, Osten oder Westen, überall das gleiche: Korruption innerhalb der Führung; überall die gleichen Verhältnisse wie in Baden in der Leitung. Keiner kann innerlich den anderen ausstehen."

„Die ganze Partei ist nicht ernst zu nehmen." „Keiner kann innerlich den anderen leiden!" — — —

„Es ist ein Saustall!"

Der Zersetzungsbazillus wütet im Hitler-Lager. Wie könnte es auch anders sein! Eine Bewegung, die ohne Geist und Idee, lediglich auf Demagogie und Nachäfferei aufgebaut ist, trägt den Keim der Zersetzung und des Zerfalls in sich. Sie kann, mag sie auch vorübergehend aus den Kriegsfolgen profitieren, nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Hellmut von Mücke, der Hitler, seine Leute und ihre ganze Bewegung gründlich kannte, hat am 29. August 1929 in einem Schreiben an den erwähnten nationalsozialistischen Wanderredner Friedrich sein Urteil in folgenden Sätzen zusammengefaßt, mit denen diese Betrachtungen geschlossen seien:

„Die Partei ist innerlich völlig zerrüttet und korrupt. Sowohl auf organischem als auch auf sachlichem und gedanklichem Gebiete. Das Wesentliche von der Partei ist die Reklame. So wie die Juden ihre Weißen Wochen machen oder ihre Saison-Ausverkäufe, so empfiehlt sich in seinem eigenen Blatt Herr Hitler als zukünftiger Diktator und annonciert Bilder von sich im Preise von 13,50 Mk. auf Ratenzahlungen, wahrscheinlich um zu zeigen, daß er Führer einer Arbeiterpartei ist. Kurz gesagt: Es ist ein Saustall!"

Verantwortlich: R. Hauschildt. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., beide Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

25000. 7.10.29.